



GEMEINDE MARZ



INFORMATION GEMEINDERATSSITZUNG VOM 19.08.2021:

1. BERICHT DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES ÜBER DIE PRÜFUNG DER GEBARUNG AM 17.05.2021.

Der Obmann des Prüfungsausschusses, Gemeinderat DI Gerhard Schmidl, berichtet, dass eine Überprüfung der Gemeindegebarung am 17.5.2021 stattfand und bei der stichprobenweisen Überprüfungen der Belege des 1. Quartals die ordnungsgemäßen Vermerke

der Sachbearbeiter, des Kassiers und des Bürgermeisters festgestellt werden konnten. Für die Bauarbeiten der Fa. Leithäusl am A. Salzer-Platz liegen die Rechnungen und Massenaufstellungen vor. Eine Prüfung soll im Zuge der nächsten Sitzung erfolgen.

2. BEITRITT ZUM „VEREIN NATURPARKZENTRUM ROSALIA-KOGELBERG“, BESCHLUSS.

Der Bürgermeister berichtet, dass der Finanzierungskostenanteil der Gemeinde Marz in der Gemeinderatssitzung vom 22.12.2020 mit maximal € 160.00,00 beschlossen wurde.

€ 4.148,00 auf € 4.839,17 erhöhen. Erhaltene Förderungen werden im aliquoten Anteil den jeweiligen Gemeinden gutgeschrieben.

Durch eine Änderung des Aufteilungsschlüssels nach Gesprächen des Obmannes mit der Stadtgemeinde Mattersburg würde sich der Finanzierungsanteil der Gemeinde Marz von € 157.000,00 auf € 185.501,34 und die jährlichen Kosten, die ursprünglich mit € 2,00 je Einwohner berechnet wurden, von

Nach eingehender Diskussion, beschließt der Gemeinderat *einstimmig*, dass hinsichtlich der Höhe des Finanzierungsanteils an dem Beschluss vom 22.12.2020 mit der Bedingung, dass sich alle Naturparkgemeinden mit Ausnahme von Zemendorf-Stöttera sowie die Stadtgemeinde Mattersburg am Projekt beteiligen, festgehalten wird.

3. AUFNAHME EINES DARLEHENS FÜR DIE AUFSCHLIEßUNG BERGHUT.

Einleitend berichtet der Bürgermeister, dass die Finanzierung der Vorhaben Aufschließung Berghut (TOP 3), Kanalbau BA 14 (TOP 4), Ankauf RLFA 2000 (TOP 5) und Kabinenneubau ASK Marz (TOP 6) langfristig mittels Darlehensaufnahmen vorgesehen ist und für die Darlehensaufnahmen vier Finanzierungsangebote mit variabler und fixer Verzinsung von der BKS Bank, der Bank

Burgenland, der Raiffeisenbank Burgenland Mitte und der BAWAG P.S.K. eingeholt wurden.

Der Bürgermeister erläutert die Angebote und schlägt vor, das Angebot der Raiffeisenbank Burgenland Mitte mit Fixverzinsung und einer Laufzeit von 25 Jahren auf Basis des 25-jährigen IRS-Zinssatzes mit einem Zinssatz von 0,60 % zum 17.8.2021 anzunehmen.

Für die Finanzierung der Aufschließung und der Grundablösen Berghut ist die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von € 500.000,00 mit einer Laufzeit von 25 Jahren vorgesehen.

Der Gemeinderat beschließt *einstimmig* die Darlehensaufnahme bei der Raiffeisenbank Burgenland Mitte in Höhe von € 500.000,00 zu den o.a. Konditionen.

4. AUFNAHME EINES DARLEHENS FÜR DEN KANALBAU BA 14.

Für die Finanzierung des Kanalbaues BA 14 ist die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von € 200.000,00 mit einer Laufzeit von 25 Jahren vorgesehen.

Der Gemeinderat beschließt *einstimmig* die Darlehensaufnahme bei der Raiffeisenbank Burgenland Mitte in Höhe von € 200.000,00 zu den in TOP 3 angeführten Konditionen.

5. AUFNAHME EINES DARLEHENS FÜR DEN ANKAUF DES RLFA 2000.

Für die Finanzierung des RLFA 2000 ist die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von € 350.000,00 mit einer Laufzeit von 25 Jahren vorgesehen.

Der Gemeinderat beschließt *einstimmig* die Darlehensaufnahme bei der Raiffeisenbank Burgenland Mitte in Höhe von € 350.000,00 zu den in TOP 3 angeführten Konditionen.

6. AUFNAHME EINES DARLEHENS FÜR DEN KABINENNEUBAU DES ASK MARZ.

Für die Finanzierung des Kabinenneubaus des ASK Marz ist die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von € 350.000,00 mit einer Laufzeit von 25 Jahren vorgesehen.

Der Gemeinderat beschließt *einstimmig* die Darlehensaufnahme bei der Raiffeisenbank Burgenland Mitte in Höhe von € 350.000,00 zu den in TOP 3 angeführten Konditionen.

7. 1. NACHTRAGSVORANSCHLAG FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2021, BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG.

Bürgermeister DI Gerald Hüller erläutert den 1. Nachtragsvoranschlag, der insbesondere wegen der Darlehensaufnahmen und der aktualisierten Projektzeiträume der Vorhaben sowie der Änderung der Ertragsanteile und der Landesumlage zu erstellen war.

Der Gemeinderat beschließt *einstimmig* den 1. Nachtragsvoranschlag 2021 mit einem Nettoergebnis des Ergebnishaushaltes von € -595.700,00 und einem Geldfluss aus der VA-wirksamen Gebarung des Finanzierungshaushaltes von € -344.400,00.

8. MITTELFRISTIGER FINANZPLAN 2021, BESCHLUSS.

Der Bürgermeister berichtet, dass gleichzeitig mit dem Voranschlag auch der mittelfristige Finanzplan für einen Zeitraum von fünf Jahren zu beschließen ist. Das erste Haushaltsjahr des mittelfristigen Finanzplanes fällt mit dem

Haushaltsjahr zusammen, für das jeweils der Voranschlag erstellt wird.

Der Gemeinderat beschließt *einstimmig* den aktualisierten mittelfristigen Finanzplan 2021.

	Ergebnishaushalt Nettoergebnis – Saldo 0	Finanzierungshaushalt Saldo 5
2022	25.200,00	6.500,00
2023	322.700,00	80.400,00
2024	304.000,00	421.800,00
2025	285.500,00	380.000,00

9. 8. ÄNDERUNG DES FLÄCHENWIDMUNGSPLANES, BESCHLUSS.

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Grund von kritischen Stellungnahmen des Natur- und

Landschaftsschutzes von der Tagesordnung genommen.

10. BRÜCKENBAU ROSENGASSE – VERGABE DER ERD- UND BAUMEISTERARBEITEN, BESCHLUSS.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Firma Woschitz Engineering ZT GmbH mit der Ausschreibung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Errichtung der Brücke in der Rosengasse beauftragt wurde.

Angebotsprüfung war die Firma Porr Bau GmbH – Tiefbau aus 7111 Parndorf mit einer Summe von brutto € 128.616,79.

Von 7 eingeladenen Firmen haben 4 Firmen ein Angebot abgegeben. Billigstbieter laut

Der Gemeinderat beschließt *einstimmig*, der Firma Porr Bau GmbH – Tiefbau den Auftrag für die Erd- und Baumeisterarbeiten für den Brückenbau in der Rosengasse zu erteilen.

Die Tagesordnungspunkte 11 bis 14 sind Personalangelegenheiten und waren daher in einer nicht öffentlichen Sitzung zu behandeln. Die Gemeinderatsbeschlüsse erfolgten alle einstimmig.

11. MAG. (FH) PINTER CHRISTINE, SYSTEMISIERUNG EINES DIENSTPOSTENS DER DIENSTKLASSE GV2 BEI GLEICHZEITIGER EINZIEHUNG DES BESTEHENDEN DIENSTPOSTENS DER DIENSTKLASSE GV3 - BESCHLUSS.

12. MAG. (FH) PINTER CHRISTINE, BEFÖRDERUNG VON DER DIENSTKLASSE GV3 IN DIE DIENSTKLASSE GV2 – BESCHLUSS.

13. MAG. (FH) PINTER CHRISTINE, ZUERKENNUNG DER AMTSLEITERSTELLVERTRETERZULAGE, BESCHLUSS.

14. ANSTELLUNG VON STEINER RAPHAEL, BESCHLUSS.

15. MINDESTLOHN – INFORMATION, ÜBERNAHME, BUDGETÄRE BERÜCKSICHTIGUNG UND KÜNFTIGE ANWENDUNG BEI GEMEINDEBEDIENTETEN.

Der Bürgermeister informiert, dass die SPÖ-Fraktion mit Schreiben vom 4.6.2021 den Antrag um Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Mindestlohn – Information, Übernahme, budgetäre Berücksichtigung und künftige Anwendung bei Gemeindebediensteten“ auf die Tagesordnung gestellt hat.

Zum Antrag den Mindestlohn von € 1.700,00 netto in der Gemeinde anzuwenden, führt der 1. Vizebürgermeister Ing. Jürgen Lehrner aus, dass durch die Einführung die Niedriglohnbezieher am meisten profitieren und dass auch langjährige Mitarbeiter in der Verwaltung, im handwerklichen Dienst und auch in der Kinderbetreuung davon profitieren.

Eine Aufstockung des Gehalts macht auch insofern Sinn, da davon auch die Wirtschaft profitieren wird. Er betont auch, dass speziell

ein höherer Einstiegsgehalt für junge Menschen wichtig ist. Ein Umstieg in das neue Gehaltsschema ist nicht verpflichtend.

Nach Diskussion innerhalb der SPÖ Fraktion und Abwägung der Vor- und Nachteile, hat sich die SPÖ Fraktion daher entschieden, diesen Antrag zu stellen. Über diesen Antrag soll abgestimmt werden.

Nach dem Hinweis des Bürgermeisters, dass die Mehrausgaben in einem Nachtragsvoranschlag zu beschließen wären, wird kein weiterer Antrag eingebracht.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag der SPÖ Fraktion unverändert zur Abstimmung.

Der Gemeinderat *lehnt* den Antrag ohne eine einzige Zustimmung *ab*.

16. ALLFÄLLIGES.

1. Wohnung und Arztpraxen

Der Bürgermeister informiert, dass sich die Fertigstellung verzögert und er die Neue

Eisenstädter ersucht habe einen verbindlichen Fertigstellungstermin zu nennen.

2. Hochwasserschutz Walbersdorf – Projektänderung

Bürgermeister DI Gerald Hüller informiert, dass die Stadtgemeinde Mattersburg ein geändertes Hochwasserschutzprojekt für den Ortsteil Walbersdorf vorgelegt hat. Alleine die Tatsache, dass die Überlaufschwelle direkt unterhalb des Siedlungsgebietes von Marz um

30 cm abgesenkt wurde zeigt, dass die Interessen der Gemeinde Marz im bisherigen Projekt nicht berücksichtigt wurden und ein erhebliches Schadenspotential in unserer Gemeinde in Kauf genommen wurde. Zu der Änderung wird eine Stellungnahme vorbereitet.

3. Glascontainer am A. Salzer-Platz

Auf Anfrage des 1. Vizebürgermeister Ing. Jürgen Lehrner, ob die Glascontainer wieder aufgestellt werden, antwortet der Bürgermeister, dass die Container vorerst nicht

aufgestellt werden und eine alternative Aufstellung am freien Platz unterhalb vom GH Schreiner aufgrund der problematischen Verkehrssituation nicht weiterverfolgt wurde.

4. Pflege der Pflanzbeete durch Firma Bieberle am A. Salzer-Platz

Zur Anfrage des 1. Vizebürgermeisters informiert der Bürgermeister, dass die Firma Bieberle vertraglich für die Anwuchspflege

zuständig ist und daher diese Arbeiten so wie auch der Zeitpunkt der Bepflanzung in deren Verantwortung liegen.

5. A. Salzer-Platz – Pflasterung, Sitzbänke und Bodenschwellen

Zu den Anfragen von Gemeinderat Klaus Thier zum A. Salzer-Platz, führt der Bürgermeister aus, dass die Pflasterung bis zur L 224 ausgeführt wurde, damit auch dieser Bereich bei einer Förderzusage berücksichtigt werden kann, dass die Notwendigkeit der

Kenntlichmachung der Bodenschwellen geprüft wird und dass hinsichtlich der Sitzgelegenheit bei der Bushaltestelle geprüft wird, ob eventuell eine zusätzliche Sitzgelegenheit in Blickrichtung L224 angebracht werden kann.

6. Verkehrsspiegel Mitteregasse

Zur Anregung des 1. Vizebürgermeisters Ing. Jürgen Lehrner bei der Einmündung der Mitteregasse in die Walbersdorferstraße einen

Verkehrsspiegel analog zur Kaiserbrunnengasse anzubringen, sagt der Bürgermeister die Prüfung und allenfalls Veranlassung zu.

7. Friedhof

Der 1. Vizebürgermeister Ing. Jürgen Lehrner berichtet, dass er von einem älteren Friedhofsbesucher angesprochen wurde, ob es eventuell möglich wäre, für die Zulieferung von Blumen oder Erde, ein Einkaufswagenl in den Friedhof zu stellen.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass das Einkaufswagenl wieder auf den gleichen Platz zurückgestellt werden müsste, dass bei nicht gesichertem Abstellen durch die abschüssige Gasse auch eine Gefahr besteht und dass es nicht lange unbeschädigt zur Verfügung steht.

8. Termin für die nächste Gemeinderatssitzung

Bürgermeister DI Gerald Hüller informiert, dass die nächste Gemeinderatssitzung voraussichtlich am 23.09.2021 stattfinden wird.

Der Bürgermeister